

GEFAHREN UND CHANCEN DER POLNISCHEN REFORM

Stanislaw Wielgus

Hypothek der kommunistischen Herrschaft

Das wichtigste Problem der polnischen Gegenwart ist das Erbe der mehr als vierzigjährigen Machtausübung durch die Kommunisten. Dies ist eine Hypothek, die die neuen staatlichen Behörden in Polen notwendig übernehmen mußten und die den Raum der neuen Regierung in Polen für Manöver sehr einengen.

Seit zehn Jahren wird die polnische Wirtschaft von einer scharfen Krise heimgesucht. Es genügt zu erwähnen, daß das Nationaleinkommen 1988 um fünf Prozent niedriger lag als 1978, was bedeutet, daß in einem Zeitraum von zehn Jahren, in dem andere Staaten ihren nationalen Reichtum vervielfältigt haben, in Polen nur eine Regression feststellbar war. Diese zehn Jahre wurden also vergeudet durch ein utopisches System der Wirtschaftsleitung. Der Rückgang des Bruttonationalprodukts kann gegenüber dem auch nicht guten letzten Jahr sechs Prozent betragen.

Wirtschaftskrisen haben allerdings noch eine andere, zusätzliche Eigenheit, unabhängig davon, ob sie in einer zentral geleiteten oder in einer freien Marktwirtschaft auftreten: Sie dauern lange und wirken nur in einer Richtung. Im Unterschied zu politischen Krisen haben „Überredung“ und „Überzeugungskünste“, Dekrete oder „Vereinbarungen“ am runden oder Dreieckstisch keinen Erfolg. Sie erfordern strukturelle Reformen und Umgestaltungen, und auf deren Effekte

muß man einige Zeit warten, manchmal ein paar Jahre lang.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die ökonomische Degradierung nicht nur zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte führt, sondern auch zu einer beträchtlichen Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte: Sie schwächt die Rolle der gemäßigten Kräfte und der politischen „Mitte“ und verringert diese zahlenmäßig, und sie vergrößert und stärkt extreme Gruppen und Orientierungen. Es muß nicht hinzugefügt werden, daß sowohl die „guten“, das heißt antikommunistischen, als auch die „bösen“ Extremisten von der anderen Seite sich niemals einig werden, sondern es nur zur Konfrontation kommen lassen können, zum Versuch, den Gegner auszuschalten, d. h. zu einer Destabilisierung. Daher sind sie eine Gefahr für die Reformen.

Eine die wirtschaftliche Krise begleitende Erscheinung ist für die Staaten des real existierenden Sozialismus ein spezifischer Typ des politischen Bewußtseins, ein konservativer Komplex, der in kurzer Zeit weder zerstört noch geändert werden kann. In Israel antworten die Immigranten aus der Sowjetunion auf das Angebot hin, Kredite zu erhalten, um auf eigenes Risiko und eigene Verantwortung wirtschaftliche Tätigkeiten aufzunehmen, oft: „Wir wollen keine Kredite, gebt uns eine feste Stelle!“ Ich denke, im Westen unterschätzt man die Rolle dieses Syndroms und die Bedeutung der Apa-

thie; eine Erscheinung, der man oft im sozialen Leben begegnet und die den Prozeß der Umgestaltung Jahre hindurch verzögern oder geradezu verhindern kann.

Die Grundlage dieses Komplexes bildet ein niedriges Niveau des ökonomischen Wissens in der ganzen Gesellschaft. Den Leuten wurde Passivität beigebracht. Jahrzehntelang wurde die Ideologie des allmächtigen Staates indoktriniert, eines Staates, der alles besitzt und alles „gibt“ – und nur Gehorsam fordert. Die polnische Gesellschaft macht jetzt den Prozeß einer ökonomischen Intensivduktion durch. Sie weiß aber noch viel zu wenig von der Spezifik ökonomischer Prozesse. Das neuralgischste Gebiet ist vielleicht nicht die unterste Stufe der Wirtschaft (in Polen ruht die Landwirtschaft zu achtzig Prozent in privaten Händen, Handel und Gewerbe sind zum Teil auch privat), sondern die mittleren und höheren Strukturen, beherrscht durch die Nomenklatur und zentralgesteuerte, hilflose Institutionen, die nicht darauf vorbereitet sind, in freier Marktwirtschaft gut zu funktionieren.

Mit dieser niedrigen Kenntnis der Ökonomie gehen fordernde Haltungen einher, die in den früheren Zeiten „erlernt“ worden sind. Sie bedienen sich der Schlagworte des plebejischen Egalitarismus und melden sich von Zeit zu Zeit in Form von Lohnforderungen, die von Streikaktionen begleitet werden. Die Haltungen verstärken sich zusätzlich durch die fortschreitende Pauperisierung der Gesellschaft. Sie stürzte bisher mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung in die Armut. Das vergrößert die Bedrohung durch diejenigen, die unter dem sozialen Minimum leben müssen und die sich in ihrem Handeln häufiger von Emotionen leiten lassen.

Zweifellos ist ein Erbe der Herrschaft des Kommunismus der Mangel an Vertrauen in die Behörden. Die sogenannten sozia-

len und wirtschaftlichen Reformen werden in Polen seit dreißig Jahren (seit 1956) durchgeführt. Sie mündeten in der Regel in Versprechungen, Deklarationen und immer neuen Schlagworten. Der sozialwirtschaftliche Wortschatz wurde reicher um solche Begriffe wie: System der wirtschaftlichen Stimulatoren, Wirtschaftsmanöver, Änderung der Prioritäten, harmonische Entwicklung, wir wollen ein zweites Polen bauen (bis 1985). Die Pseudoreformen erreichten nicht die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Strukturen. Das Resultat sind fast vierzig Milliarden US-Dollar Schulden der polnischen Wirtschaft bei den westlichen Gläubigern.

Es muß Zeit vergehen, bis diese Barriere des Mißtrauens durchbrochen wird. Seit einigen Monaten werden eindeutige Änderungen in diesem Bereich sichtbar. Die Regierung von T. Mazowiecki genießt das Vertrauen von etwa 78% der Gesellschaft. Zusätzliche Determinanten des Vertrauens sind, daß die Streiks aufgehört haben, daß die Bevölkerung freiwillig den Fonds zur Unterstützung der Regierung T. Mazowieckis verstärkt, daß die Zahl der privaten Unternehmen schnell wächst.

Das dargestellte „Erbe“ zeigt eher ein pessimistisches Bild der polnischen Krise und nur kleine Chancen auf deren Überwindung. Doch es wäre ein falsches Bild. Polen besitzt auch zweifellos seine „Aktiva“, die ihm die Chance geben, mit der Krise fertig zu werden. Jene Chancen sind sowohl innere Faktoren als auch günstige internationale Konstellationen.

Tiefsitzende Religiosität

Unter den inneren Faktoren tritt ein gewisser Typ der politischen und sozialen Kultur in den Vordergrund, der in seinem Kern bis heute überdauert hat, trotz des „Abenteuers“ mit dem real existieren-

den Sozialismus. In diesem Bereich ist die Rolle der römisch-katholischen Kirche nicht zu unterschätzen.

Einerseits läuft der Prozeß der Vertiefung und Erneuerung dieser Religiosität, verbunden mit den Folgen des Zweiten Vatikanischen Konzils, mit der Entstehung verschiedener geistlicher Gemeinschaften, mit einem kirchlichen Seelsorgeprogramm und vielleicht mit einer starken Einwirkung des Papstes aus Polen. Andererseits stellt sich als Folge der zivilisatorischen Degradierung des Landes, der bereits permanenten wirtschaftlichen Krise und, allerdings in geringstem Grade, als Ergebnis einer gesteuerten Laizisierung – eine Desintegration der Religiosität eines gewissen Teils der Gesellschaft ein; die Armut wird von Sittenverfall und Relativierung vieler ethischer Normen begleitet.

Beide genannten Prozesse können soziologischen Untersuchungen unterzogen werden; zudem, so denke ich, kann genau eingeschätzt werden, wie tief sie in unterschiedlichen sozialen Schichten, in der Stadt und auf dem Lande, unter Menschen mit unterschiedlicher Bildung und in unterschiedlichen beruflichen Gruppen verwurzelt sind. Die soziologischen Untersuchungen bestätigen das Bild, das sich aus der alltäglichen Beobachtung und aus der sozialen Intuition ergibt, daß mehr als zwei Drittel der Gesellschaft am Glauben der Väter und an der Kirche festhalten, doch nur die Hälfte dieser Gesellschaft realisiert im Alltag die Fülle der evangelischen Weisungen, indem sie konsequent am sakramentalen Leben teilnimmt. Im Vergleich mit den Verhältnissen in Europa ist das sehr viel, nicht aber im Vergleich mit unseren Wünschen und den Bemühungen der Kirche, so daß wir keinen Triumph feiern können.

Die Religionssoziologie hat große Bedeutung als Ausgangspunkt für Evangelisationstätigkeiten, aber es ist selbstverständlich, daß sie nicht imstande ist, die

Ganzheit der Religiositätserscheinungen zu überblicken, besonders in ihrer übernatürlichen Dimension. Keine soziologische Untersuchung konnte den Ausbruch der Religiosität vorhersehen, der mit dem Pontifikat des Papstes aus Polen und mit seinen drei Reisen in die Heimat zusammenhängt. Die unter freiem Himmel in der Danziger Werft im August 1980 beichtenden Arbeiter waren zweifellos eine Frucht des „polnischen“ Pontifikats. Ich würde sogar noch eine weitergehende Meinung riskieren, daß die sechzehn Monate des Bestehens der „Solidarität“ bis zu ihrer Illegalisierung, trotz einer sozial sehr hohen Temperatur, ohne Scheibeneinschlagen und ohne Blutvergießen dank des Evangelisierungsgeistes des Papstes Wojtyla in Polen vergangen sind. Ich glaube, dasselbe gilt für die jetzige Zeit der Wandlungen – die sehr ruhig und wohl tiefgehend verlaufen.

Die Religionssoziologen konnten auch nicht voraussehen, daß der im dramatischen Moment des Jahres 1981 eingetretene Tod und das große nationale und internationale Begräbnis des Kardinals Stefan Wyszyński abermals die ganze polnische Gesellschaft mit dem Geist seiner seelsorgerischen Haltung konfrontiert hat, deren Treue den Imponderabilien gegenüber von Elastizität und Dialogbereitschaft begleitet wurde. Auf diese Weise festigte sich im sozialen Bewußtsein das durch Johannes Paul II. verkündete Prinzip: Das Böse muß durch das Gute überwunden werden!

Radikale Strukturveränderung

Kehren wir zu den Reformen zurück, so ist festzustellen, daß ihre große Chance in ihrem Charakter liegt: dieser ist zugleich strukturell und komplex. Das bedeutet, daß in der Struktur eine radikale Änderung erfolgt – von der zentralgesteuerten Wirtschaft geht es zu einer Wirtschaft, die durch Marktregeln bestimmt ist. Zur Zeit ist noch nicht ent-

schieden, ob es ein Modell mit vorherrschender liberaler Orientierung oder aber ein der sozialen Marktwirtschaft angenähertes Modell sein wird. Es liegt außer Zweifel, daß die durch die neue Regierung realisierte Reform sehr tief greift und sowohl den ökonomischen Regeln den ihnen gebührenden Platz einräumen will als Faktor, der die wirtschaftlichen Prozesse steuert, als auch eine bedeutende Privatisierung des Eigentums umfaßt.

Die politische Machtübernahme durch die Solidaritätsregierung bildet zugleich eine Garantie, daß die sogenannten politischen Faktoren, also die Macht, die neue ökonomische Ordnung in Polen unterstützen werden. In dieser Hinsicht genießt die Regierung den Beistand beider Kammern des polnischen Parlaments, das heißt im Sejm und im Senat. Die Zusammensetzung des Parlaments garantiert einen gründlichen und angemessenen Verlauf der Reformen. Große und – so ist zu erwarten – umwälzende Bedeutung wird den Selbstverwaltungswahlen zukommen, die für das Frühjahr des kommenden Jahres geplant sind. Sie werden die pro-reformatorische Orientierung auf lokaler Stufe verstärken.

Der letzte Zeitabschnitt (seit Frühjahr dieses Jahres) brachte eine neue Qualität in das politische Leben: den Kompromiß. Dies ist eine Kategorie, die in demokratischen politischen Systemen einen außerordentlich geschätzten Wert darstellt, in den Realien des polnischen politischen Lebens dagegen war sie mehr als vierzig Jahre nicht vorhanden. Sie wurde durch zwei gemeinsam auftretende Erscheinungen verdrängt. Einerseits durch die von den Kommunisten verkündete „Grundsätzlichkeit“ des Denkens und Handelns sowie durch das praktizierende System der führenden Partei, das die Möglichkeit eines Kompromisses ausschloß; andererseits durch die Einstufung jeden Versuchs einer Verständigung mit den Kommunisten als „Verrat“

durch die Opposition. „Der runde Tisch“ im April dieses Jahres erarbeitete ein Minimum des notwendigen Konsensus. Dieser führte zur Verständigung zwischen unterschiedlichen Subjekten des sozialen und politischen Lebens, unter Respektierung ihrer Identität, ihres Rechts auf freie Äußerung eigener Urteile und Meinungen sowie Anerkennung des Kompromisses als Weg zu jenem Konsensus.

Wichtig ist auch, daß beide Partner des polnischen Kompromisses, trotz der auseinanderlaufenden Interessen, die abgeschlossenen Vereinbarungen respektieren. Persönlich denke ich, daß dies den polnischen Reformen zugute kommen wird und einen Damm gegen die Destabilisierung des Staates bildet.

Im Unterschied zu den ungarischen Reformen und der sowjetischen Perestrojka kommen die polnischen Reformen von unten, sie werden von einem bedeutenden Engagement der breiten Massen begleitet. Das bildet gleichsam einen Druck der Gesellschaft, der – wie der Dampf im Kessel – den Reformen Schwung und Energie verleihen kann; die vorhandenen Strukturen tief umpflügen kann. Wenn er aber der Kontrolle entweichen sollte, dann kann er die Reformen auch gefährden. Von entscheidender Bedeutung kann hier das Vertrauen in die Regierung sein sowie ein möglichst baldiges Eintreten der ersten Symptome der Krisenüberwindung.

Gunst der Stunde

Eine große Chance für Systemreformen nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern des real existierenden Sozialismus ist die ausgesprochen günstige internationale Situation. Nach jahrelang andauernden offenen und latenten Konflikten, gegenseitigem Mißtrauen und Verschärfung der Beziehungen können wir seit einigen Jahren eine Entspannung feststellen. Für uns Polen bekommt das Geschehen in der Sowjetuni-

on unter Gorbatschow eine historische Dimension. Die Abhängigkeit von den Veränderungen und Umwandlungen in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten ist uns völlig bewußt. Ein eventuelles Versagen beziehungsweise ein Zusammenbruch der Reformen in der Sowjetunion würde einen entscheidenden Einfluß auf die Ereignisse in Polen, in Ungarn und in der DDR haben.

Doch ist dies nur die eine Seite des Problems. Die Geschichte liefert überaus viele Beispiele dafür, daß nur scheinbar lokale Erscheinungen weitreichende Verknüpfungen aufweisen. Um nur die bekanntesten Vorfälle zu nennen: das Aufhalten des türkischen Sturms 1683 auf Wien, weiter das sogenannte Wunder an der Weichsel im August 1920, als die sowjetische Offensive bei Warschau aufgehalten wurde. Ich denke, daß das, was heute in Polen, in Ungarn, in der Sowjetunion (auch in der DDR) vor sich geht, das Bild Mitteleuropas – und höchstwahrscheinlich ganz Europas – für die kommenden Jahrzehnte prägen kann.

Polen braucht Hilfe, so wie man zum Leben Luft braucht. Um sich nicht nur wirtschaftlich, aber auch politisch zu refor-

mieren, braucht es dringend finanzielle und technologische Unterstützung von außen. Die Form der Hilfe ist eine offene Frage. Das Beste wäre Zusammenarbeit bei konkreter Durchführung von für beide Partner günstigen Investitionen.

Zum Abschluß noch ein Problem, und zwar das Problem der Zeit. In den bei der Einführung von Reformen begriffenen Ländern läuft die politische Zeit sehr schnell. Die wirtschaftliche Zeit ist in der Regel nicht einholbar. Eine der großen Gefahren für die polnischen Reformen (vielleicht nicht nur für die polnischen) ist gerade die Zeit. Wie lange wird die Gesellschaft die immer schlimmere Wirtschaft und das Herabsinken des Lebensstandards ertragen können? – Ein, zwei, drei Jahre? Vielleicht nur noch einige Monate? In welcher Form wird sich der Protest niederschlagen? Wer wird von ihm profitieren? Werden seine Auswirkungen nur lokalen Charakter besitzen? Oder einen viel umfangreicheren? Dies sind Fragen, die jetzt wohl niemand beantworten kann.

Referat beim KAV Wien am 17. November 1989 (gekürzt; der gesamte Text ist im Sekretariat des KAV Wien erhältlich).

SOLIDARITÄTSSPENDE OSTEUROPA

Akademiker und Intellektuelle in Osteuropa brauchen gerade jetzt unsere Hilfe und Unterstützung, unsere Gesten der Solidarität. Die neugewonnenen Spielräume können für den Aufbau von Strukturen und Organisationen genutzt werden, die für eine moderne Akademikerpastoral und Öffentlichkeitsarbeit Sorge tragen. Dafür ist Geld notwendig.

Der KAVÖ unterstützt seit Jahren osteuropäische Akademiker. Wir laden sie zu unseren Tagungen ein und veranstalten gemeinsame Symposien. Diese Aktivitäten werden noch stärker werden. Helfen Sie uns bei diesen Aufgaben durch Ihre Spende, die zweckentsprechend weitergeleitet wird. Benutzen Sie bitte den beiliegenden Erlagschein.